

Bericht zur Tagung „Die Bischöfe Conrad Gröber und Joannes Baptista Sproll und der Nationalsozialismus. Historischer Kontext und historisches Erinnern“ am 9. und 10. November 2018 in Schloss Meßkirch

Das Verhalten der beiden südwestdeutschen Bischöfe Conrad Gröber und Joannes Baptista Sproll zum Nationalsozialismus und deren Rezeption in der historischen Erinnerung waren das Thema einer zweitägigen Tagung der Gesellschaft Oberschwaben für Geschichte und Kultur, des Geschichtsvereins der Diözese Rottenburg-Stuttgart und des Kirchengeschichtlichen Vereins für das Erzbistum Freiburg in Meßkirch. Für die drei Vereine begrüßte der Vorsitzende der Gesellschaft Oberschwaben Prof. Dr. Thomas Zotz die zahlreichen Zuhörer und dankte der Stiftung Oberschwaben und der Stadt Meßkirch für die großzügige Unterstützung der Tagung. Die Sigmaringer Landrätin Stefanie Bürkle betonte den hohen Stellenwert, den für die politisch Verantwortlichen im Landkreis Sigmaringen die vom Kreisarchiv getragene Erforschung und Lernvermittlung des NS-Unrechts vor Ort seit den 1990er Jahren besitze. Die „Erinnerungskultur“ sei dabei eine Frage der Gegenwart und Zukunft einer Gesellschaft, deren Humanität sich gerade auch am Umgang mit Fremden, Schwachen und Schwierigen erweise. Der Meßkircher Bürgermeister Arne Zwick verwies auf den herausfordernden Umgang mit den aufgrund ihrer zeitweiligen Nähe zum Nationalsozialismus umstrittenen Ehrenbürgern Conrad Gröber und Martin Heidegger in seiner Stadt und sprach sich anstelle einer raschen Tilgung von Ehrenbürgerwürden und Straßennamen für eine differenzierte historische Auseinandersetzung und einen kritischen Diskurs aus.

Kreisarchivar Dr. Edwin Ernst Weber, der zusammen mit Dr. Christoph Schmider und Prof. Dr. Dietmar Schiersner im Auftrag der drei Vereine die Tagung organisiert hatte und leitete, betonte in seiner Einführung in die Sektion „Historisches Erinnern und Nationalsozialismus“ die Unabdingbarkeit der erinnernden Auseinandersetzung mit dem in der Weltgeschichte singulären Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus und seiner monströsen Verbrechen. Er verwies auf den langen und schmerzhaften Weg des öffentlichen Erinnerns an die Abgründe der NS-Herrschaft vor Ort gerade auch in den kleinstädtischen und dörflichen Handlungsräumen in Südwestdeutschland. Dabei gelte es, im Sinne des vom französischen Philosophen Paul Ricoeur geforderten „richtigen“ Erinnerns, die Erstarrung zur Ritualisierung und bloßen Pflichtübung ebenso zu vermeiden wie eine Instrumentalisierung, gar den Missbrauch der Geschichte für gegenwärtige Zwecke, tagespolitische Forderungen und symbolische Aktionen. Bei aller Wahrnehmung, dass historisch Handelnde stets Kinder ihrer Zeit mit ihren jeweiligen Begrenzungen, Ambivalenzen und Pathologien seien, gelte es gerade auch bei den Akteuren der NS-Zeit im Einzelfall die Entscheidungs- und Handlungsspielräume für oder gegen Zumutungen von Ideologie und Regime, für oder gegen Unrecht und Humanität zu erkunden.

Dr. Jens-Christian Wagner, der Geschäftsführer der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen, betonte in seinem Vortrag „Erkenntnis statt Bekenntnis. Plädoyer für eine zukunftsfähige gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen“ die Öffentlichkeit des NS-Unrechts und die Allgegenwart der mehr als 20.000 Lager unterschiedlichster Art in Deutschland. Vor dem Hintergrund von Luftkrieg, Flucht und Vertreibung habe sich die deutsche „Tätergesellschaft“ seit 1945 in eine „selbstimaginierte Opfergesellschaft“ transformiert. Waren Mahnmale an den Stätten des Leidens zunächst eine Angelegenheit der Opfer und Überlebenden, wurden seit den 1970er

Jahren in der Bundesrepublik die einstigen Lager als Stätten der historisch-politischen Bildungsarbeit entdeckt und entstand in der Folge, vielfach angestoßen von bürgerschaftlichem Engagement und gefördert von einer neuen Generation von Politikern, ein mittlerweile dichtes Netz von Gedenkstätten und weiteren Erinnerungsorten, die sich vielfach aktiv der Forschungs- und Bildungsarbeit widmen. Gefahren sieht Wagner in einer „Biographisierung der Geschichte“, die kritische Auseinandersetzung durch historische Pietät ersetzt, einen „Opfer-Zentrismus“ unter Ausblendung der Frage nach Kontext und Hintergründen und eine Fokussierung auf die Shoa anstelle deren zentraler Einbettung in das breite Spektrum der NS-Verfolgung. Zukunftsgewandte Erinnerungsarbeit befördere das historische Urteilsvermögen, betone den Aktualitätsbezug und die Handlungsorientierung ebenso wie die Kontextualisierung und die Exemplarität der untersuchten und vermittelten historische Ereignisse und unterstütze anstelle von Affirmation die Reflektion. Jens-Christian Wagner sprach sich für eine Einmischung in aktuelle politische Debatten aus – etwa gegen die Hetze gegen Minderheiten und für die Verteidigung Deutschlands als offenes und liberales Land.

Dr. Waldemar Grosch, Professor für Geschichte und Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten, stellte in seinem Vortrag „Streit um Erinnerung“ anhand von Fallbeispielen aus Oberschwaben und darüber hinaus Konflikte um das „richtige“ Erinnern an historische Persönlichkeiten und Ereignisse vor. In Weingarten, wo Grosch im Auftrag der Stadt 2012 die örtlichen Gedenkstätten einer Revision unterzog, fußt die 1968 vom Veteranenverband der „Sechser“ initiierte Gedenktafel für den einstigen, im Übrigen nur sehr kurzfristig in Weingarten ansässigen Regimentskameraden Erwin Rommel auf dessen in den Nachkriegsjahrzehnten propagiertem „Bild vom anständigen Soldaten Hitlers“. Im Gefolge einer Neubewertung des Hitler treu ergebenen Lieblingsgenerals geriet die Gedenktafel ebenso in die Diskussion wie die beiden nach Rommel benannten Bundeswehr-Kasernen in Augustdorf und Dornstadt. Im Fall des Jagdfliegers Werner Mölders hat die gewandelte historische Sicht auf den Spanien-Kämpfer an der Seite Francos bereits zur Umbenennung der Kaserne Visselhövede 2005 und zur Streichung des auf ihn rekurrierenden Beinamens für ein Luftwaffengeschwader der Bundeswehr geführt. Gedenkstätten sind jeweils auch ein Spiegel der historischen Bewertungen ihrer Entstehungszeit, wie Grosch am Beispiel der Weingartener Gedenktafel für die örtlichen Kriegsteilnehmer des 1. Weltkriegs illustrierte: Das sich durch Pathos auszeichnende Denkmal aus den 1920er Jahren wurde in den 1950er Jahren zunächst beschädigt und dann geklaut, die 1956 fest eingemauerte Nachfolgetafel geriet in den wechselnden Konjunkturen der Kriegsschuld-Diskussion mehrfach in die Kritik, so dass Grosch die Ergänzung durch einen den aktuellen Diskussionsstand wiedergebenden QR-Code empfiehlt. Nüchtern konstatiert Grosch einen beständigen Wandel des historischen Erinnerns und der Bewertung von historischen Persönlichkeiten im gesellschaftlichen Diskurs und im „Kampf um die Deutungshoheit“, was Staaten und Kommunen gleichwohl nicht von der Erstellung eines stimmigen „Gedenkkonzeptes“ entbinde.

Dr. Wolfgang Proske, Lehrer und Herausgeber der Reihe „Täter, Helfer, Trittbrettfahrer“ mit mittlerweile mehr als 200 Biografien von „NS-Belasteten“ aus Südwestdeutschland in zehn Bänden, hatte im Frühjahr 2017 mit einer kritischen Darstellung Conrad Gröbers als NS-Sympathisant und Denunziant seiner langjährigen jüdischen Freundin Irene Fuchs bei den NS-Behörden eine Kontroverse in Lokalpresse und Öffentlichkeit um die Bewertung des aus Meßkirch stammenden

Freiburger Erzbischofs ausgelöst und die Forderung nach einer postumen Aberkennung der 1932 verliehenen Ehrenbürgerwürde und die Umbenennung der nach ihm benannten Straße in Meßkirch erhoben. Proske wiederholte bei der Tagung seine maßgeblich aus dem „Gröber-Dossier“ im französischen Besatzungsarchiv in La Courneuve gewonnene Sicht der Dinge als Beitrag zur Dekonstruktion der verbreiteten „Legendenbildung“ Gröbers und beklagte sich über die ihm in der öffentlichen Diskussion begegnenden Desinformationen und Unterstellungen durch zumeist ohne historisches Faktenwissen argumentierende Kontrahenten. Seine Vorhaltungen gegen Gröber ergänzte Proske in seinem Vortrag um den Vorwurf des Missbrauchs Minderjähriger, sei Irene Fuchs doch zu Beginn ihrer angeblich intimen Beziehung erst 16 oder 17 Jahre alt gewesen. Die von ihm betriebene NS-Täter-Forschung sieht Proske als „Hybrid aus Geschichte und Politik“, mit der er Menschen innerlich berühren und politisch aktivieren wolle zu einem historisch fundierten Handeln in der jeweiligen Gegenwart. Wichtig ist ihm die politische Relevanz des historischen Erinnerns.

In der von Christoph Schmider moderierten zweiten Sektion näherten sich Edwin Ernst Weber, Claus Arnold, Hans-Otto Mühleisen und Jürgen Schmiesing unter dem Motto „Gesellschaftlich-religiöser Hintergrund und Biografie“ von verschiedenen Seiten her den beiden Protagonisten an. Den gebürtigen Meßkircher Conrad Gröber (1872-1948) und den aus dem württembergischen Schweinhausen stammenden Joannes Baptista Sproll (1870-1949) verbindet neben der fast identischen Lebensspanne der Umstand, dass ihnen eine kirchlich-akademische Laufbahn nicht unbedingt in die Wiege gelegt war: Gröber als Sohn eines Schreinermeisters hätte auch das Handwerk des Vaters erlernen können, und Sproll, dem Sohn eines Straßenwirts, stand, so Jürgen Schmiesing, eine Karriere als Pferdeknecht in Aussicht. Für beide aber bot sich schon in frühen Jahren, gefördert jeweils von den Ortspfarrern, die Chance auf eine geistliche Laufbahn, die sie beide auf je eigene Weise zu nutzen verstanden. Im Fokus aller vier Vorträge stand somit die Frage, ob sich das sehr unterschiedliche Verhalten der beiden Bischöfe gegenüber den Nationalsozialisten aus ihrer Herkunft, ihrem Bildungsweg und ihrer kirchlichen Laufbahn erklären lässt.

Dr. Edwin Ernst Weber befasste sich mit „Meßkirch als Hochburg des badischen Liberalismus und Schauplatz des Kulturkampfes“. Das vom aufgeklärten Katholizismus Wessenbergs geprägte Meßkirch war ein wichtiges Zentrum der Revolution 1848/49 und blieb auch nach deren gewaltsamer Niederschlagung weiterhin stark liberal geprägt, was sich beispielsweise in den Bürgermeisterwahlen Anfang der 1850er-Jahre zeigte, als wiederholt liberale Kandidaten gewählt, aber regelmäßig vom Staat abgelehnt wurden. Auch im ersten nachrevolutionären Bürgerausschuss saßen zahlreiche Protagonisten des Aufstands; Meßkirch blieb ein von der Obrigkeit misstrauisch beäugter Unruheherd. Folgerichtig entwickelte sich die Stadt ab 1860, unter der liberalen Regierung Lamey, zu einem wichtigen „Kriegsschauplatz“ des Kulturkampfes. Auch der als Folge aus den Beschlüssen des Ersten Vatikanischen Konzils entstandene Alt-Katholizismus konnte rasch erfolgreich Fuß fassen; 1873 bekannte sich etwa die Hälfte der stimmberechtigten Einwohner dazu. Nach der staatlichen Anerkennung der Alt-Katholiken im Jahr 1874 und ihrer Übernahme der Martinskirche 1875 vergiftete der Dissens zwischen den beiden katholischen Konfessionen auf Jahrzehnte hinaus das politische Klima und sorgte für eine lang andauernde gesellschaftliche Spaltung, die sich beispielsweise im Vereinsleben und in der Fest- und Feierkultur auswirkte. Vereinfacht ausgedrückt

waren die Wohlhabenden alt-katholisch, die Armen römisch-katholisch, feierten die römischen Katholiken ihre kirchlichen Feste, die Alt-Katholiken hingegen die staatlichen. Conrad Gröber, der die mitunter sogar gewalttätigen Auseinandersetzungen in seiner Kindheit hautnah miterlebt und darunter gelitten hatte, war davon so beeindruckt, dass seine zeitweilige Anbiederung an den Nationalsozialismus nicht zuletzt durch seine Furcht vor einem neuen Kulturkampf bestimmt war.

Prof. Dr. Claus Arnold, Kirchenhistoriker an der Universität Mainz und Vorsitzender des Rottenburger Diözesangeschichtsvereins, stellte seinen Vortrag unter den Titel „Kulturkampf und katholische Mobilisierung im württembergischen Oberland“ und konstatierte, ausgehend von dem Topos, es habe in Württemberg keinen Kulturkampf gegeben, dass Sproll, anders als Gröber, kaum von dieser Auseinandersetzung zwischen liberalem Staat und römisch-katholischer Kirche geprägt war. Für ihn viel entscheidender sei das sich in Württemberg im ausgehenden 19. Jahrhundert allmählich entwickelnde katholische Milieu gewesen, mit zunächst zunehmenden und erst mit der „Nationalisierung“ im frühen 20. Jahrhundert allmählich zurückgehenden Spannungen zwischen dem protestantischen Zentrum Stuttgart und der katholischen oberschwäbischen Peripherie. Der durch den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital geförderte Aufschwung der Sozialdemokratie resultierte, unterstützt durch das Erstarren des Zentrums, das in den katholischen, ehemals österreichischen Gebieten starken Rückhalt gewann, in einem ausgeprägten kirchlichen Antisozialismus, der das katholische Milieu weiter festigte. So war der 1890 in Köln gegründete „Volksverein für das katholische Deutschland“ von Ulm ausgehend in Württemberg sehr schnell sehr erfolgreich und prägte den schwäbischen Katholizismus, der spätestens ab 1900 seinen Hauptgegner im Sozialismus sah. Auch ohne einen eignen Kulturkampf, und obwohl die alt-katholische Bewegung in Württemberg keine wesentliche Rolle spielte, kam es bis etwa 1914 immer wieder zu konfessionellen Konflikten; dass die Obrigkeit aus Sicht der Katholiken eher auf Seite der Protestanten stand, verstärkte den Staat-Kirche-Dualismus und förderte das katholische Milieu. Letztlich verschaffte dies Bischof Sproll bei seinem Konflikt mit den Nazis starken Rückhalt in der katholischen Bevölkerung.

Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen, emeritierter Politikwissenschaftler an der Universität Augsburg, fragte in seinem „Der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber – Werdegang, Episkopat und Verhältnis zum Nationalsozialismus“ betitelten Vortrag, in Anspielung auf das jüngste Werk von Jörn Leonhard, danach, „wie es vielleicht gewesen ist“. Wir Heutigen haben es nach Mühleisens Einschätzung mit der Erforschung des Wirkens von Conrad Gröber zugleich leicht und schwer, denn wir können heute frei und offen über eine Zeit diskutieren, in der genau das nicht möglich war, und uns ist überdies mittlerweile eine Fülle von Quellen zugänglich. Andererseits können wir uns kaum in die Situation im totalitären Staat hineinversetzen, und wir wissen weder, was in den Köpfen der handelnden Personen vorgegangen ist, noch können wir im Einzelnen nachvollziehen, welchen tatsächlichen – oder empfundenen – Sachzwängen sie sich ausgesetzt sahen. Um Gröber Kooperationsbereitschaft gegenüber den Nationalsozialisten ab 1933 richtig deuten und beurteilen zu können, müsse man, so Mühleisen, die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland seit dem Ende des Ersten Weltkriegs berücksichtigen, ausgehend vom Versailler Vertrag als Grundlage für ein weiteres Erstarren des Nationalismus, die Ablehnung alles „linken Denkens“ ebenso wie des Pazifismus – auch Gröber hatte in seinem Weltbild

keinen Platz für die Friedensbewegung oder die Europaidee. Dagegen sah er die katholische Kirche als beinahe einziges Bollwerk gegen den Bolschewismus, was für ihn ab 1933 eine Annäherung an die nationalsozialistischen Machthaber geradezu nahelegte. Hitlers Regierungserklärung mit seinen Zusagen, die Kirche zu tragen und zu unterstützen, nahm Gröber – wie andere Bischöfe auch – beim Wort, und er war auch nur zu gern bereit, das Reichskonkordat konsequent als Grundlage für sein Handeln dem Staat gegenüber zu betrachten. Dass der Totalitarismus jeden Glauben und jede Religion ausschließt, dass der totale Staat sich als über allem stehend versteht, dass das Einfordern von Rechten aus Sicht des totalen Staates Hochverrat ist, konnte und wollte Mühleisen zufolge Gröber nicht sehen. An den Anfang seines Vortrags hatte Mühleisen die Mahnung gestellt, die für die Beurteilung herangezogenen Quellen vollständig und richtig zu lesen, da bei selektiver Nutzung sehr leicht eine unvollständige oder falsche Interpretation möglich ist. So beispielsweise bei Gröbers 1933 öffentlich geäußelter Zustimmung zur neuen Regierung, die er freilich unter den Vorbehalt gestellt hatte, dass der NS-Staat im Sinne der Kirche handle; in der Literatur werde, so Mühleisen, die Zustimmung gern ohne den relativierenden Zusatz zitiert. Interessanterweise werde der Umstand, dass Gröber sich, wie es für einen Bischof naheliegend und angemessen ist, den Interessen der Kirche verpflichtet sah – was ihm bisher von der Forschung meist zugutegehalten wurde – in letzter Zeit zunehmend gegen ihn verwendet.

Dr. Jürgen Schmiesing, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte der Universität Tübingen, schließlich befasste sich unter der Überschrift „Joannes Baptista Sproll – Bauernbischof, Volksbischof, Bekennerbischof“ vorrangig mit der Vita des Rottenburger Bischofs und fragte danach, ob und wo sie Erklärungsmöglichkeiten dafür biete, warum Sproll sich gegenüber den Nationalsozialisten so anders verhalten habe als sein Freiburger Nachbarbischof Gröber. Sproll stammte aus einfachsten Verhältnissen und wuchs mit 13 Geschwistern in einem kleinen württembergischen Dorf auf. Die Priesterlaufbahn war für ihn die einzige Chance, eine weiterführende Bildung zu erhalten. Sproll war kein besonders hoch begabter Schüler, sondern musste für Schule und Studium großen Einsatz zeigen. Als junger Priester war er kein auffällig guter Prediger, was allerdings seine rasche Karriere – er wurde schon 20 Jahre nach seiner Priesterweihe, im Jahr 1915, zum Weihbischof ernannt – nicht nachhaltig behinderte. Der wegen seiner Herkunft von manchen als „Bauernbischof“ eher gering Geschätzte entwickelte sich, nachdem er die Leitung der Diözese übernommen hatte, rasch zum „Volksbischof“, der es verstand, insbesondere für die Landbevölkerung die richtige Tonlage zu finden. Er prangerte Liberalismus und Sozialismus an, galt aber wegen seiner Volksnähe dennoch als „Demokrat“ und „roter Bischof“. Nachdem er vor 1933 den Nationalsozialismus strikt abgelehnt hatte, folgte nach der Machtübertragung auch bei ihm zunächst eine Wende: Er rief zum Abwarten auf, forderte Ruhe und die Mitarbeit am nationalen Aufbau und verordnete seinen Priestern einen „Maulkorb“, möglicherweise in dem Bestreben, örtliche Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus zu vermeiden. Zugleich blieb Sproll auch nach dem Abschluss des Reichskonkordats skeptisch und sammelte u.a. kirchenfeindliche Äußerungen von NS-Vertretern. Andererseits suchte er nach einem *modus vivendi* und nach Möglichkeiten für eine ersprießliche Kooperation. Kirchenfeindlichen Maßnahmen begegnete er mit schriftlichen Eingaben, wies in hunderten von Predigten auf die Unvereinbarkeit von Christentum und völkischem Denken hin und wehrte sich öffentlich gegen Angriffe des Regimes auf Christentum und Glauben. Folgerichtig wurde ab 1937 in Berlin Material gesammelt, um gegen

ihn einen Prozess nach dem Heimtücke-gesetz führen zu können. Schwer zu fassen ist, wie Sproll sich ab 1938 in der Verbannung aus seiner Diözese zur zunehmenden Radikalisierung des Nationalsozialismus stellte. Nicht nur deswegen sei es, so Schmiesing in einem Fazit, keineswegs abschließend und einhellig geklärt, ob der Topos „Bekennerbischof“ eine zutreffende Umschreibung von Sprolls Verhältnis zum Nationalsozialismus sei.

Die vier Referenten der von Dietmar Schiersner moderierten letzten Tagungssektion „Bischöfe unter dem NS-Regime in der Diskussion“ setzten sich mit der Rezeptionsgeschichte der Bischöfe Gröber und Sproll auseinander. *Dr. Abraham P. Kustermann*, ehemaliger Direktor der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, zeichnete die Genese des „Bekennerbischofs“ Johannes Baptista Sproll und die „Konjunktur(en) seiner Memorial-Figur“ nach und ging dabei den Semantiken in der Überlieferung nach. Bereits 1943, anlässlich des inzwischen fünfjährigen Exils Sprolls und seines Aufenthaltes in Krumbad in der Augsburger Nachbardiözese, wurde der Bischof durch den Kardinalstaatssekretär sowie den Rottenburger Generalvikar begrifflich in die Nähe eines *episcopus confessor* gerückt. Wenn letzterer Sproll dabei mit dem in der Verbannung in Salerno 1085 verstorbenen Gregor VII. verglich, so wurde ein weiteres Mal deutlich, wie stark die Selbstwahrnehmung der Kirche in den Jahren des Nationalsozialismus von den Erfahrungen und Geschichtsbildern des Kulturkampfes geprägt war. Durchgesetzt hatte sich dagegen die griffige Formel vom „Bekennerbischof“ erst mit einer gleichnamigen Gedenkschrift von Alfons Späth 1963. Dass 1988, zeitgleich mit dem 50jährigen Gedenken seiner Flucht aus Rottenburg, auch der Diskurs über den deutschen Widerstand in eine neue Phase eingetreten war, verlieh auch der Verehrung des Rottenburger Bischofs eine besondere Dynamik.

Einen umgekehrten Verlauf scheint die Bewertung Conrad Gröbers bis dato hinter sich zu haben. *Dr. Christoph Schmider*, Leiter des Erzbischöflichen Archivs Freiburg, erinnerte an die durch die „Täter, Helfer, Trittbrettfahrer“-Biographie ausgelöste aktuelle Diskussion und skizzierte den Stand der Debatte in Meßkirch, wo von Einzelnen die Forderung erhoben wurde, dem Erzbischof postum die Ehrenbürgerwürde abzuerkennen und die nach ihm benannte Straße umzubenennen. Dagegen hatte sich der Gemeinderat vor einer Entscheidung auf die Einholung weiterer, vertiefter Information verständigt. Die Meßkircher Tagung verstehe sich auch als Beitrag zu diesem Aufklärungswunsch. Pro und Contra in der Bewertung Gröbers fasste Schmider zusammen: einerseits dessen anfängliche Zustimmung zur Machtübernahme Hitlers, die - allerdings frühe - freiwillige SS-Fördermitgliedschaft gemeinsam mit nahezu allen Freiburger Domkapitularen, jüdenfeindliche Äußerungen im Hirtenbrief zum Karfreitag 1941 sowie die immer wieder unterstellte mangelnde Unterstützung Gröbers für kirchliche Widerstandskämpfer, insbesondere für den Priester Max Josef Metzger; andererseits Gröbers frühzeitiges Eintreten gegen die sog. Euthanasie, der Kampf um kirchliche Positionen und die christliche Weltanschauung und die finanzielle Unterstützung zur Rettung verfolgter Juden durch Gertrud Luckner. So ambivalent wie das gezeichnete Tableau entwickelten sich auch die Stationen der Gröber-Erinnerung. Wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit dessen Engagement gegen das NS-Regime sogar gelobt, ging erstmals Anfang der 1980er Jahre der Kirchenhistoriker Georg Denzler in einem Artikel der Wochenzeitung „Die Zeit“ hart mit Gröber ins Gericht. In den folgenden Jahrzehnten ebte das öffentliche Interesse an dessen Person ab; als Tendenz in der Bewertung zeichnete sich eher eine distanzierte Differenzierung ab.

Dagegen schien zuletzt die THT-Darstellung das Ende einer positiv konnotierten Gröber-Memoria einzuleiten, zumal Wolfgang Proske auf der Meßkircher Tagung selbst nochmals nachgelegt und Conrad Gröber aktuell des „sexuellen Missbrauchs“ einer jungen Frau - der Jüdin Irene Fuchs - geziehen hatte - ein zwar strafrechtlich unzutreffender, immerhin aber moralisch schwer belastender Vorwurf.

Proske hatte sein Urteil auf Aussagen im sog. „Gröber-Dossier“ gestützt und eine Seite daraus mit einschlägigen Passagen dem Publikum präsentiert, wobei er sich angesichts dieser Quellennähe auf Reinhart Koselleck (1923-2006) und dessen Wort vom „Vetorecht der Quellen“ berief. Der Bielefelder Historiker hatte 1977 geschrieben - und kein historisches Proseminar vergisst es seither einzuschärfen -, es sei verboten, „Deutungen zu wagen oder zuzulassen, die aufgrund eines Quellenbefundes schlichtweg als falsch oder als nicht zulässig durchschaut werden können. Falsche Daten, falsche Zahlenreihen, falsche Motiverklärungen, falsche Bewußtseinsanalysen: all das und vieles mehr läßt sich durch Quellenkritik aufdecken.“ Diesen quellenkritischen Anspruch löste im vorletzten, mit Spannung erwarteten Referat der Tagung *Prof. Dr. Dominik Burkard*, Kirchenhistoriker an der Universität Würzburg, ein, indem er den Fragen nachging: Was steht tatsächlich im „Gröber-Dossier“ und wie sind dessen Aussagen einzuordnen?

Bei dem in den französischen „Archives de l'occupation“ in La Courneuve überlieferten Konvolut handelt es sich neben diversen Anlagen v.a. aus Gestapo-, aber auch aus kirchlicher Provenienz um drei anonym verfasste Lebensbilder über Conrad Gröber: um eine deutsche Ursprungsversion sowie deren Übertragung ins Französische nebst einer ebenfalls französischen Kurzfassung. Die Entstehungszeit des deutschen Textes - auf ihn bezog sich Burkard im Folgenden - läßt sich auf Oktober 1947, die Umarbeitung zum französischen Langtext auf Januar / Februar des Folgejahres datieren. Der anonyme Verfasser setzt sich ausdrücklich zum Ziel, „das wahre Bild“ des Erzbischofs zu zeichnen und stellt ihn, so Burkard, als krankhaft strebsamen, mittelmäßig intelligenten, angepasst-karrieristischen und unpriesterlichen, ja, skrupellosen Charakter dar. An eher wenigen Stellen wird Bezug auf Gröbers Verhalten während der NS-Zeit genommen, ausführlicher ruft der Verfasser ältere Sittlichkeitsvorwürfe in Erinnerung. Pikanterweise standen die ersten Vorwürfe gegen Gröber in zeitlichem Zusammenhang mit seiner Ernennung zum Freiburger Erzbischof und waren durch seinen unterlegenen Konkurrenten um das Kirchenamt, Kapitularvikar Dr. Joseph Sester (1877-1938), zunächst der Kurie hinterbracht worden, wo nach einer Untersuchung zugunsten Gröbers entschieden wurde. Dennoch hatte Sester die Vorwürfe auch in die Öffentlichkeit lanciert, wo sie gerade von der NS-Presse begierig aufgenommen wurden. Nachdem Sester 1936 aller Ämter enthoben worden war, gelangten neue Vorwürfe, nun angebliche Beziehungen zur Jüdin Irene Fuchs, an die Gestapo. Gegen sie setzte sich Gröber vor den NS-Behörden zur Wehr, von einer „Denunziation“ der Konstanzerin als Jüdin - so der Vorwurf Proskes - könne dabei jedoch gerade nicht gesprochen werden, weil dies der Gestapo bereits bekannt war. Opfer einer Denunziation sei - so Burkard - vielmehr Gröber selbst geworden. Nach dem Tod Sesters wurden keine neuen Vorwürfe erhoben. Erst 1947 kam es zu den anonymen Einlassungen des „Gröber-Dossiers“ gegenüber den französischen Besatzern. Dominik Burkard geht davon aus, dass es Gröbers „liberale“ Haltung gegenüber der geplanten konfessionellen Gemeinschaftsschule in der Phase der Formulierung einer neuen badischen Verfassung gewesen sein dürfte, die den bislang unbekanntem Verfasser dazu veranlasst hatte, den Erzbischof bei den französischen Behörden als Person

grundlegend zu diskreditieren. Damit hätte ein konservativer Kritiker Gröbers aus Kirchenkreisen NS-Dokumente für seine Zwecke zu instrumentalisieren versucht. Was ihm nicht gelang, könnte „skurrilerweise“ 70 Jahre später im Zeichen von Aufklärung und Aufarbeitung erfolgreich sein. Zumindest das „Gröber-Dossier“ jedoch, so machte Dominik Burkard plausibel, eigne sich gerade nicht als Zeugnis gegen den Erzbischof.

Dass jedoch wissenschaftliche Erkenntnisse und medial popularisierte Geschichtsbilder nicht nur im Falle Gröbers divergieren, illustrierte *Prof. Dr. Joachim Kuroпка*, emeritierter Historiker an der Universität Vechta, im abschließenden Vortrag „Nach 80 Jahren vor Tribunalen“ an drei nordwestdeutschen Beispielen, den Bischöfen Wilhelm Berning (Osnabrück), Lorenz Jäger (Paderborn) und Clemens August von Galen (Münster). Galt insbesondere letzterer jahrzehntelang als exponierter Gegner der Nationalsozialisten, so dokumentiert ein 2005 veröffentlichter Artikel der Wochenzeitung „Die Zeit“ den Umschwung in der Bewertung des Münsteraner Bischofs. Während jedoch Kuroпкаs quellennahe Klärung der in der „Zeit“ erhobenen Vorwürfe (Streitfall Galen. Clemens August Graf von Galen und der Nationalsozialismus. Studien und Dokumente. 2007; 2. Auflage 2007) in den Medien kaum rezipiert worden seien, fand ein vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe 2005 produzierter Galen-Film breite Resonanz. Dass der Film unter anderem - ohne dies kenntlich zu machen - von Galen Zitate aus anderen zeitlichen Zusammenhängen und Provenienzen in den Mund legte, um ihn so als Befürworter des Überfalls auf die Sowjetunion erscheinen zu lassen, habe der Regisseur mit der Bemerkung beantwortet, in höherem Sinne sei das in seinem Film vermittelte Galen-Bild trotzdem wahr.

Im Grunde beschrieb Kuroпка damit das Problem eines ideologisch, jedenfalls aber höchst subjektiv geleiteten Umgangs mit historischen Quellen. Dabei verbiete sich gerade angesichts der so extremen Bedingungen von Unfreiheit, denen Sprache und Sprechen bzw. Schreiben in totalitären und zudem kriegführenden Systemen unterliegen, bereits ein gleichsam naiver Umgang mit den Quellen. Ein zweiter Punkt sei wesentlich, weil darin die Konsequenzen eines gewandelten öffentlichen Kirchenbildes durchschlugen: Denn die Funktion der Kirche als „Heilsanstalt“ für die Getauften werde - auch in der historischen Rückschau - immer weniger erkannt oder ernstgenommen; statt dessen werde sie nahezu ausschließlich als „sozialpolitischer Akteur“ betrachtet. Gemessen an solchen Ansprüchen könnten die Bischöfe der NS-Zeit nur als strukturell überfordert gelten. Oder wie es Tagungsgast Hans Maier ausdrückte: Es sei inzwischen nicht mehr nur schwer, ein guter Bischof zu sein, sondern es werde auch zunehmend schwieriger, es gewesen zu sein.

In der von Edwin Ernst Weber moderierten Schlussdiskussion wurde auf die nicht zuletzt an der Rezeption der Bischöfe Gröber und Sproll erkennbaren „Konjunkturen des Erinnerns“ verwiesen. Jede Epoche befrage die Geschichte und deren Quellen neu und mit ihren jeweiligen, vielfach zeitgebundenen Fragestellungen und Erkenntnisinteressen. Im Fall der beiden Bischöfe bleibe trotz der unübersehbaren Parallelen in Herkunft, Sozialisation und kirchlicher Laufbahn ein auffallend differentes Verhalten zweier markant unterschiedlicher Persönlichkeiten. Für Gröber gerade auch im Vergleich zu Sproll charakteristisch sei dabei dessen umfassende „Anschlussfähigkeit“ (Hans Maier), die im Umgang mit dem Nationalsozialismus dessen Bild nachhaltig trübe. Mit einem Ende der öffentlichen wie der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zumal um Gröbers Verhalten im

Nationalsozialismus und letztlich der Haltung der Kirche(n) zum „Dritten Reich“ insgesamt sei, so waren sich die Tagungsteilnehmer weitgehend einig, nicht zu rechnen.

Dietmar Schiersner
Christoph Schmider
Edwin Ernst Weber